

BUND kritisiert Stillstand in der Dinslakener Klimapolitik

Die BUND-Kreisgruppe Wesel sieht keine Anzeichen dafür, dass die Politik in Dinslaken seit den letzten Kommunalwahlen die immer deutlicher spürbaren Klimaveränderungen zur Kenntnis genommen hat. Es fehlen jegliche politische Initiativen zu einer Verbesserung der CO₂-Bilanz der Stadt sowie für eine Anpassungsstrategie an die Folgen dieser Veränderungen.

Stadtbussystem fertig stellen

Günther Rinke, der Vorsitzende des BUND im Kreis Wesel: „Da der Verkehr einen der wesentlichen CO₂-Emittenten darstellt, könnte die Stadt über eine deutliche Verbesserung des ÖPNV einen echten Beitrag zum Klimaschutz leisten. Es wurden zwar schon erste Schritte zum Aufbau eines effektiven Stadtbussystems diskutiert, konkret geschehen sei aber bisher wenig.“ Ein für den BUND überzeugendes Konzept für ein gutes Stadtbussystem entsprechend den funktionierenden Vorbildern in Bocholt und Lemgo wurde aber bisher nicht fertig gestellt.

Rinke weiter: „Stattdessen freuen sich CDU und SPD darüber, dass es nun für alle Dinslakener Bürger:innen möglich ist, in unsere Stadt ein Fahrzeug der Firma Porsche zu erwerben. Sie setzen weiter auf den Individualverkehr, obwohl es sicher sinnvoller wäre, ein für alle Bürger:innen gleichermaßen zugängliches, gut funktionierendes und umweltfreundliches öffentliches Verkehrssystem zu installieren.“ Damit würden auch erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Solarenergie und Wasserstoff Initiative gefordert

Auch in anderen Bereichen der Klima- und Umweltpolitik gibt es in Dinslaken keine Bewegung in die richtige Richtung, kritisiert der Umweltverband.

Tomás Cabral von der BUND Kreisgruppe: „Die Stadtwerke setzen auf ein angeblich nachhaltiges Holzkraftwerk. Ärgerlich ist nur, dass dieses Kraftwerk bei der Verbrennung von Holz jede Menge CO₂ freisetzt. Die Bäume, die dieses CO₂ wieder aufnehmen sollen, müssen allerdings noch gepflanzt werden und können demnach erst in frühestens 50 Jahren, wenn sie denn herangewachsen sind, diese Aufgabe erfüllen. Für eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad ist dies offensichtlich zu spät.“ Auch ist die zukünftige Wirtschaftlichkeit fraglich, CO₂-Abgaben für die Holzverbrennung werden bereits diskutiert.

Tomás Cabral ergänzt: „Wo, so fragen wir uns, bleibt eine Initiative für den Ausbau der Solarenergie? Dächer gibt es reichlich in Dinslaken, auch auf öffentlichen Gebäuden. Wo bleiben die Solaranlagen über den vielen Parkplätzen? Im Sommer könnte mit dem Überschuss an Strom Grüner Wasserstoff produziert und verkauft werden. Der Markt hierfür wird in den nächsten Jahren stetig wachsen.“

Masterplan Grün lässt auf sich warten

Stattdessen wird „eifrig daran gearbeitet die Flächenversiegelung und den Flächenverbrauch zu steigern. CDU und SPD träumen von weiteren Gewerbegebieten; an der Flurstraße und in anderen Stadtteilen werden neue Siedlungsflächen erschlossen. Frischluftschneisen werden zugebaut, wertvolle landwirtschaftliche Flächen zerstört.“ Angesichts der enormen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und den Dürren der letzten Jahre sieht der BUND hier eine eklatante Fehlentwickelung.

Die BUND Kreisgruppe Wesel begrüßt dabei ausdrücklich, dass das Gelände des ehemaligen Freibades mit entsprechenden Fördergeldern nun doch zu einem naturnahen Erholungsraum umgestaltet werden kann. „SPD, CDU und UBV, die dieses Projekt zu verhindern versuchten, sollten nach der Förderzusage nun dringend umdenken und den Weg zur Realisierung des in einer Bürgerbeteiligung entwickelten Konzepts frei machen“, so Günther Rinke.

Die dann entstehende naturnahe Fläche wird als Frischluftschneise einen wichtigen Beitrag zur Milderung der Folgen der Klimakrise in Dinslaken leisten. „Damit aber in Zukunft auch in Zeiten zunehmender Erwärmung und Trockenheit ein gutes Stadtklima gewährleistet ist, benötigt Dinslaken mehr Platz für Stadtgrün, eine Vernetzung der Grünflächen untereinander und mit den umliegenden Freiflächen.“ Hierzu wäre der Masterplan Grün notwendig, der schon lange in der Arbeit ist, aber weiterhin auf sich warten lässt.

Mehr als zwei Jahre nach der Wahl eines neuen Stadtrates in Dinslaken fällt die Bilanz für den BUND nicht gut aus. Investitionen in zukunftsfähige Technologien finden nicht statt, die Klima-Resilienz der Stadt wird in der Summe verschlechtert statt verbessert.

Das Fazit des BUND: „Wir fordern Stadtrat, Politik und Verwaltung in Dinslaken auf, ihrer Verantwortung für die Bürger:innen dieser Stadt nachzukommen und vorausschauend und der Realität entsprechend zu handeln. Nur gemeinsam und ohne sich in Streitereien und Klein-Klein zu verlieren, können die enormen Herausforderungen der Zukunft angegangen werden.“

Kontakt:

BUND Kreisgruppe Wesel – Günther Rinke, Tomás Cabral - bundkgwesel@bund-wesel.de